Wirksamkeit des Gerichtsberichts erhöhen

Die „Neue Deutsche Presse“ stellte in der Ausgabe 2/78 von Dr. Udo Krause verfaßte Thesen über den Gerichtsbericht zur Diskussion. Wir bieten nachfolgend unseren Lesern Auszüge aus diesen Thesen an, um ihnen Anregungen zur Qualifizierung der publizistischen Tätigkeit zu vermitteln.

Die Redaktion

1. Der Gerichtsbericht ist ein traditionsreiches journalistisches Genre von großer Leser- und Hörerwirksamkeit und hoher ideologischer Operativität. Durch die redaktionelle Planung und Praxis mit anderen Formen der publizistischen Rechtspropaganda sinnvoll verbunden und sie in ausgewogener Weise ergänzend, ist der Gerichtsbericht gegenwärtig und auch künftig eine wichtige Form, im Sinne des Beschlusses des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 7. Mai 1974 zur Festigung und weiteren Entwicklung des sozialistischen Rechtsbewußtseins der Werktätigen und des Beschlusses über politische Massennarbeit vom 18. Mai 1977 beizutragen.

2. Die Gerichtsberichterstattung muß sich in Stoffwahl und Darstellungsweise an objektiven gesellschaftlichen Erfordernissen, insbesondere also an den Schwerpunkten der Kriminalitätsbekämpfung bzw. — weiter gefaßt — der Rechtsverwirklichung durch die Gerichte orientieren.

Darüber hinaus sind zeitliche (saisonbedingte) sowie territoriale, örtliche bzw. betriebliche Schwerpunkte zu beachten.

3. Der sachliche Ausgangspunkt des Gerichtsberichts ist ein bereits eingetretener Rechtskonflikt und die darauf erfolgte staatliche und gesellschaftliche Reaktion. Dies hat jedoch nicht notwendigerweise eine rückwärtsgewandte Darstellungsweise und eine mehr oder minder defensive Berichterhalterhaltung zur Folge. Der mit rechtserzieherischer Absicht verfaßte Gerichtsbericht bezweckt vielmehr — indem er Einsichten in das Ursachen- und Bedingungsgefüge eines Konflikts sowie Kenntnisse über und Motivationen für (in umfassendem Sinn) rechtmäßige Haltungen und Verhaltensweisen vermittelt — gesellschaftliche Konfliktüberwindung bzw. -Vorbeugung. Insofern unterstützt der Gerichtsbericht die nicht vordergründig auf die Überwindung von Konfliktsituationen orientierte Wirkungsweise des sozialistischen Rechts. Der Auffassung, seine bewußtseinsverändernden Möglichkeiten seien unter diesem Gesichtspunkt prinzipiell begrenzt, muß widersprochen werden.

4. Die methodische Besonderheit des Gerichtsberichts gegenüber anderen Formen der publizistischen Rechtspropaganda besteht in seiner induktiven Anlage. Er führt von der Kenntnis des Einzelfalles und seiner Zusammenhänge zur Erkenntnis allgemeiner, gesellschaftlicher wesentlicher Sachverhalte und Gesetzmäßigkeiten, von der anschaulich-konkreten zur logisch-abstrakten Erfahrung, vom individuell Bedeutsamen zum gesellschaftlich Bedeutsamen. Da er sich mit dem Verhalten, den Beziehungen und Schicksalen von Menschen befaßt, erscheinen die im Gerichtsbericht — ausdrücklich oder „zwischen den Zeilen“ — vermittelten rechtserzieherischen Lehren personifiziert. Sie treten vom Katheder herab ins Leben und werden für den Leser bzw. Hörer erlebbar. Dies entspricht in hohem Maße der Eigenart des Erkenntnisprozesses im Alltag und ist mit der Chance verbunden, den rationalen Erkenntnisgehalt durch einen starken emotionalen Erlebnisgehalt abzustützen.

5. Der Gerichtsbericht bedient sich der psychologischen Dialektik von Identifikation und Gegen-Identifikation. Seine sozialpädagogische Aussage beschränkt sich nicht auf das banale, zur Rechtfertigung des Gewalt- und Sensationskults bürgerlicher Massenmedien benutzte Klischee „crime doesn't pay“ (Verbrechen lohnt nicht). Vielmehr

kommt es dem sozialistischen Journalismus darauf an, Impulse zur Ausprägung positiver politisch-moralischer Haltungen zu geben, gesellschaftliche Aktivitäten im Vorfeld von Rechtsverletzungen auszulösen und handhabbare Erkenntnisse und Erfahrungen für derartige Aktivitäten zu vermitteln.

6. Gegenüber Straftätern und anderen Personen und Personengruppen, die sich rechts- und/oder moralwidrig verhalten haben, bezieht der Gerichtsbericht die Position entschiedener, prinzipieller Kritik, mit der die erzieherische Wirkung der gerichtlichen Auseinandersetzung erhöht wird. Er vermittelt und stärkt die Überzeugung von der Unvermeidlichkeit der Strafe bzw. der sonstigen rechtlichen Sanktion. Soweit strafatbegünstigende Umstände darzustellen sind, ist darauf zu achten, daß das Verschulden und die Verantwortlichkeit der Täter dadurch nicht verwischt bzw. unzulässig relativiert werden. Zugleich sind die gesetzlich verbürgten Persönlichkeitsrechte von Angeklagten und anderen Verfahrensbeteiligten strikt zu achten. Die Namen der Beteiligten sind in der Regel nicht zu nennen.

7. Um die skizzierten Möglichkeiten des Gerichtsberichts auszuschöpfen, ist es erforderlich, ihn inhaltlich und methodisch zu qualifizieren. Das Ministerium der Justiz sowie die Gerichte und die Dienststellen der Staatsanwaltschaft leisten dabei sachkundige partnerschaftliche Hilfe, insbesondere durch rechtspolitische und juristische Beratung und Information.

8. Das Genre Gerichtsbericht bedarf in sich einer großen thematischen und methodischen Vielfalt. Je nach dem Charakter der Zeitung bzw. des publizistischen Organs kann es sich dokumentarisch-analytischer, feuilletonistischer oder sachlich-informativer Gestaltungsmittel bedienen. In den Regionalzeitungen, vor allem aber auf Kreisseiten sowie in Betriebszeitungen und dgl. wird schon aus Platzgründen die letztgenannte Möglichkeit überwiegen. Auch hier sollte der Gerichtsbericht aber nicht auf die bloße Darstellung eines Sachverhalts und der gerichtlichen Entscheidung — bestenfalls ergänzt durch eine klischeehaft formulierte „Moral“ — reduziert werden. Andererseits ist bei ausführlicheren Formen der Gerichtsberichterstattung, wie sie vor allem in zentralen Organen gepflegt werden, vor beziehungsloser Psychologisierung zu warnen. Die Aufmerksamkeit der Leser bzw. Hörer sollte vielmehr stets auf gesellschaftlich wesentliche Zusammenhänge (bzw. wenigstens einen solchen Zusammenhang) gelenkt werden, mit dem Ziel, ihnen eigene Schlüsse über richtiges, konfliktvorbeugendes bzw. -überwindendes Verhalten zu ermöglichen. Besonderes Augenmerk ist in diesem Zusammenhang auch der lebensnahen, überzeugenden Darstellung der Mitwirkung gesellschaftlicher Kräfte in ihren unterschiedlichen Formen (Kollektivvertreter, gesellschaftlicher Ankläger und Verteidiger, Bürgerschaften, Aussagen von Vertretern der in Arbeitsrechts- und Zivilsachen bereits tätig gewesenen gesellschaftlichen Gerichte) zu widmen, die ein unmittelbarer Ausdruck der sozialistischen Demokratie im gerichtlichen Verfahren sind.

9. Die Bekämpfung von Straftaten ist ein wichtiges, jedoch nicht das einzige Anliegen der Gerichtsberichterstattung. Auch Verfahren auf den Gebieten des Zivil-, Familien-, vor allem aber des Arbeitsrechts bergen gesellschaftlich wichtige, interessante und für einen großen Kreis unmittelbar bedeutsame Probleme. Wenngleich ihre Behandlung in der Form des Gerichtsberichts wegen der prozessualen Besonderheiten dieser Verfahren oftmals komplizierter ist als die Arbeit auf strafrechtlichem Gebiet und zuweilen auch spezielle Rechtskenntnisse erfordert, sollte die in dieser Hinsicht noch bestehende Zurückhaltung der Gerichtsberichterstattung überwunden werden. Dasselbe gilt für die vorbereitete, aber ungerechtfertigte Beschränkung auf die Verhandlungen staatlicher Gerichte. Gerade die Hinwendung zu den außerstrafrechtlichen